

Erschienen in der WZ am 01.06.2017 und RP am 17.06.2017

WZ am 01.06.2017

Stadt ist gegen Tempo-30-Antrag

Von Julia Hagenacker

Verwaltung rät dem Umweltausschuss, die BUND-Pläne abzulehnen.

Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit auf Bundes-, Landes- oder Kreisstraßen – das sieht die Straßenverkehrsordnung bisher nicht vor. Könnte sie aber demnächst. Der aktuelle Klimaschutzplan NRW führt unter den Maßnahmen, die vom Landesverkehrsministerium federführend umgesetzt werden können, „Modellversuche zur Höchstgeschwindigkeit Tempo 30 in geschlossenen Ortschaften“ jedenfalls ausdrücklich auf. Die bisherige rot-grüne Landesregierung hat diese Modellversuche unterstützt, um Erkenntnisse hinsichtlich Emissionen, Verkehrsablauf und Verkehrssicherheitseffekten zu gewinnen. Grund genug für die BUND-Ortsgruppe Meerbusch, einen Bürgerantrag an den Stadtrat zu stellen – mit dem Ziel, dass die Stadt Meerbusch ein solches Pilotprojekt verwirklicht.

Die Vorteile einer flächendeckenden Tempo-30-Regelung in allen Ortsteilen lägen auf der Hand, sagt Ortsgruppenvorsitzende Andrea Blaum: unter anderem mehr Sicherheit auf den Straßen, weniger Lärm, geringere Schadstoffbelastung. Das sieht die Stadt Meerbusch grundsätzlich zwar ähnlich, dem zuständigen Bau- und Umweltausschuss rät sie dennoch, den Bürgerantrag abzulehnen. Die Verwaltung, heißt es in der entsprechenden Beschlussvorlage zur Sitzung am Mittwoch, 14. Juni, schlage vielmehr ein zweistufiges Verfahren zur Überarbeitung der bestehenden Tempozonen in Meerbusch vor. Zum einen werde der Politik noch in diesem Jahr eine Übersicht über die bisherigen Regelungen im Stadtgebiet vorgelegt, zum anderen würden Vorschläge zur sinnvollen Anpassung von Geschwindigkeiten, vorrangig in Wohngebieten gemacht.

So ist zum Beispiel in Ilverich und Nierst aufgefallen, dass in benachbarten Wohngebieten unterschiedliche Geschwindigkeitsregelungen bestehen. „Deshalb soll zeitnah eine einheitliche Geschwindigkeitsregelung mit einer Maximalgeschwindigkeit von 30 km/h in Wohngebieten erreicht werden“, sagt der Technische Beigeordnete Michael Assenmacher.

Unabhängig davon, heißt es, wolle die Verwaltung für den Haushalt 2018 Mittel beantragen, um für das gesamte Stadtgebiet mit allen Ortsteilen einen neuen Verkehrsentwicklungsplan durch ein externes Fachbüro erstellen zu lassen. Der neue soll den bisherigen Plan aus dem Jahr 1998 ersetzen. Grafik: ADFC

Quelle WZ

Erschienen in der WZ am 01.06.2017 und RP am 17.06.2017

RP am 17.06.2017

Tempo 30: Gar nicht oder erst später?

Meerbusch. Die Idee, in Meerbusch flächendeckend Tempo 30 einzuführen, hatte fast bundesweit für Schlagzeilen gesorgt. Damit hätte die Stadt Modellkommune werden können, so Initiatorin Andrea Blaum vom BUND, die sich mit diesem Bürgerantrag an die Politik gewandt hatte. Aber: Die Stadt tut sich offenbar schwer damit, die Geschwindigkeitsbegrenzung generell einzuführen. Technischer Dezernent Michael Assenmacher schlug im Bauausschuss vor, zu überprüfen, welche Straßen sich für Tempo 30 eignen würden und im September erneut darüber zu reden. Man müsse den Verkehrsentwicklungsplan ganzheitlich betrachten. Andrea Blaum fand das alles "enttäuschend" und hatte gehofft, dass Meerbusch sich als "Trendsetter" entwickeln könnte - zumal auch auf Bundesebene von einheitlichem Tempo 30 gesprochen werde.

Quelle RP